

Fakten statt Mythen N° 54 / 19. Oktober 2016

Wie steht es um die «Flüchtlingskrise»? Fakten und Überlegungen zu einem verkannten Phänomen.

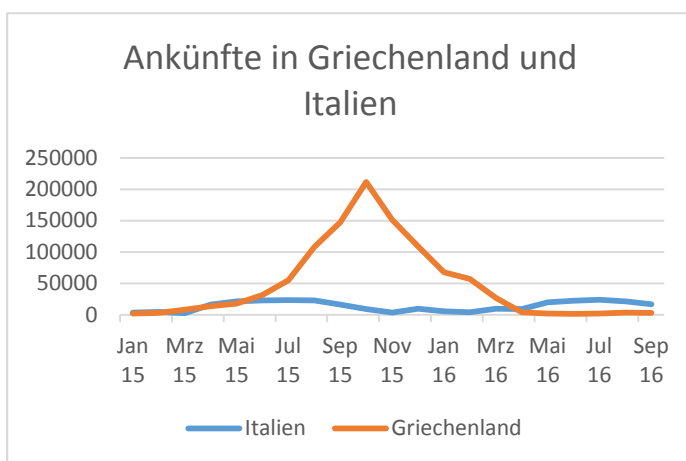
Von Robin Stünzi, Doktorand am Zentrum für Migrationsrecht und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Schweizerischen Forum für Migrations- und Bevölkerungsstudien an der Universität Neuenburg (übersetzt aus dem Französischen)

Die politische und mediale Aufmerksamkeit der sogenannten «Flüchtlingskrise» erreichte vor einem Jahr ihren Höhepunkt. [2016 hat dies jedoch nach und nach abgenommen](#). Der Begriff «Krise» wurde in dieser Rubrik immer wieder in Frage gestellt (siehe FsM [N° 6](#), [N° 12](#) und [N° 25](#)). An dieser Stelle wird dieser Begriff bewusst wieder aufgenommen, um einen kurzen Überblick über drei Aspekte zu präsentieren: Die Zahl der Ankünfte, die Zahl der Verstorbenen und die politischen Reaktionen der Staaten.

In Bezug auf die Zahl der Asylsuchenden, die nach Europa kommen, variieren die Ergebnisse entsprechend den berücksichtigten Indikatoren und Zeitperioden. [Während die Zahl der Asylanträge in den Ländern der EU-28 im ersten Halbjahr 2016 leicht über jenen der Vergleichsperiode des Vorjahres liegen](#), zeigen die UNHCR-Statistiken einen deutlichen Rückgang der Ankünfte auf dem Seeweg. [Seit Beginn des laufenden Jahres wurden etwa 315'000 Ankünfte erfasst, während im Jahr 2015 mehr als eine Million aufgezeichnet wurden](#).

Aus unserer Sicht zeigen diese Daten ein wichtiges und ohne Zweifel beispielloses Phänomen in der jüngeren Geschichte der Fluchtmigration nach Europa: Den dramatischen Anstieg der Nutzung des östlichen Mittelmeeres als Migrationsroute ab Juni 2015 sowie der ebenso plötzliche wie deutliche Rückgang. Wie die untenstehende Tabelle zeigt, ist diese Entwicklung ein charakteristisches Element dieser sogenannten «Flüchtlingskrise», denn die Nutzung der zentralen Mittelmeerroute blieb im Vergleich dazu relativ stabil. Auch wenn dieses Phänomen eine Erklärung für die Zunahme sowie die darauffolgende Abnahme der Aufmerksamkeit von Medien und Politik liefern kann, fehlen uns weiterhin überzeugende Erklärungen, um sie zu verstehen. Gewisse (mehrheitlich politische) Akteure, führen die [Abnahme der Ankünfte in Griechenland auf das Abkommen zwischen der EU und der Türkei](#) oder auf die anhaltende Schliessung der Grenzen verschiedener Balkanstaaten zurück. [Thomas Spijkerboer](#), Professor für Migrationsrecht an der Vrije Universiteit Amsterdam [hat hingegen aufgezeigt, dass diese Vorkommnisse zeitlich nicht mit der beobachteten Abnahme übereinstimmen](#).

Zweitens: Während die Zahl der Ankünfte seit August dieses Jahres zweifellos zurückgegangen ist, blieb



die Zahl der auf See Verstorbenen auf einem sehr hohen Stand und vergleichbar mit dem letzten Jahr ([3604 im Jahr 2016 und 3771 im Jahr 2015, gemäss Schätzungen des UNHCR](#)). Trotz der Abnahme der Medienaufmerksamkeit erinnern uns diese schrecklichen Zahlen daran, dass die «Flüchtlingskrise» noch lange nicht gelöst ist. Im Gegenteil: Aus humanitärer Sicht hat sie sich weiter verschärft. Im laufenden Jahr hat rund eine von hundert Personen die Reise über das Mittelmeer nicht überlebt, [während dieses Verhältnis im Vorjahr eins zu 276 betrug](#).

Drittens schliesslich stellen auch die Reaktionen der EU-Mitgliedstaaten ein wesentliches Element der Krise dar. Während es gemeinsame, koordinierte Bestrebungen gibt, [die Aussengrenzen der EU zu kontrollieren](#) und potentielle Asylsuchende bereits in den Staaten an der EU-Südgrenze aufzuhalten, ist der Umgang der Mitgliedstaaten mit den bereits auf ihrem Territorium anwesenden Personen von einem Mangel an Kooperation und Solidarität geprägt. So muss zum Beispiel [die «Relocation» \(Umverteilung\), welche im September 2015 beschlossen wurde](#), als [Misserfolg gewertet werden](#). Bloss [6000 von ursprünglich geplanten 160'000 Personen sind bis zum heutigen Tag tatsächlich in einen anderen Staat gebracht worden](#). Weiter haben verschiedene Staaten Kontrollen und Beschränkungen oder Obergrenzen für die Anzahl der Asylsuchenden eingeführt, welche sie auf ihr Gebiet lassen. [Diese völker- und europarechtlich oft problematischen Massnahmen](#), führten zur Entstehung verschiedener informeller Flüchtlingslager [in Griechenland](#), [im Süden Ungarns](#) und [zwischen Italien und der Schweiz](#). Tausende Personen sind deshalb auf europäischem Boden in unmenschlichen Bedingungen blockiert und führen uns vor Augen, dass die Schutzkrise nach wie vor sehr real ist.